

US-Präsident Donald Trump macht Ernst. In diesen Wochen sollen die USA aus dem INF-Abkommen über bodengestützte Mittelstreckenraketen aussteigen. Trump macht geltend, dass sich Russland nicht an die Vereinbarung halte. Welche Folgen ein Ausstieg aus diesem Abkommen haben könnte, analysiert der sicherheitspolitische Experte Ulrich Kühn.

INF-Vertrag: Steht Europa vor einem neuen Raketenwettlauf?

Der INF-Vertrag beendete einst eines der gefährlichsten Kapitel des Kalten Kriegs. Dass er jetzt bald Geschichte sein könnte, ist besonders für Europa bedrohlich.

Foto: picture-alliance/ dpa



Zwei, die ein Stück Frieden brachten: US-Präsident Ronald Reagan und Michail Gorbatschow beendeten eine der gefährlichsten Perioden des sogenannten Kalten Kriegs.

Von Ulrich Kühn

Um zu verstehen, wie dramatisch ein Ende des INF-Vertrags über die Eliminierung bodengestützter Mittelstreckenraketen wäre, hilft ein Blick zurück in die Zeit, in der der Vertrag geschlossen wurde. Anfang der Achtzigerjahre hatte der Nato-Doppelbeschluss Hunderttausende Demonstranten in Bonn, London und New York auf die Straßen getrieben. Die geplante Stationierung der US-Raketen Pershing-II auch auf bundesdeutschem Territorium hatte das Gespenst des nuklearen Kriegs in Europa sehr real werden lassen. Konkret hatte die Nato damals auf eine einseitige Aufrüstung der Sowjetunion mit SS-20-Raketen mit der Entwicklung eigener Mittelstreckenraketen reagiert – Waffen, die mit einer Vorwarnzeit von unter sechs Minuten ideal für den nuklearen Erstschlag geeignet waren. „Es war, als würde man uns eine Pistole an den Kopf halten“, erinnerte sich Michail Gorbatschow einige Jahre später.

In Deutschland geriet die Auseinandersetzung um die Pershing-II-Stationierung zur innenpolitischen Schlacht. Helmut Schmidt, ein Verfechter der Stationierung, stürzte über den Doppelbeschluss. Helmut Kohl folgte ihm als Kanzler. Heinrich Böll hielt eine flammende Rede im Bonner Hofgarten. Die Friedensbewegung spülte erstmals die Grünen ins Parlament. Als im Dezember 1987 Ronald Reagan und Michail Gorbatschow den INF-Vertrag unterzeichneten und die Raketen in Deutschland wieder abgebaut wurden, endete eines der gefährlichsten Kapitel des Kalten Kriegs. Und das Aufatmen in Bonn war sehr vernehmlich.

Zeig du mir, was du hast

Seit 2014 ist der INF-Vertrag wieder in den Schlagzeilen. Die USA beschuldigen die russische Seite, einen verbotenen Marschflugkörper (Typ: Novator 9M729; Nato-Bezeichnung: SSC-

8, Screwdriver) entwickelt und inzwischen auch stationiert zu haben. Nach jüngsten Angaben des nationalen Geheimdienstchefs Dan Coats hat Russland inzwischen mehrere Bataillone mit den Raketen ausgerüstet. Laut Coats ging Russland dabei sehr gezielt vor und versuchte die verbotenen Tests des neuen Marschflugkörpers geschickt zu tarnen. Die anderen Nato-Mitglieder, darunter Deutschland, teilen die Einschätzung eines russischen Verstoßes. Russland bestreitet die Vorwürfe vehement und kontert mit eigenen Anschuldigungen gegen amerikanische Raketenabwehrstellungen in Rumänien und Polen. Obwohl sich gerade die Bundesregierung wiederholt für eine diplomatische Lösung stark machte, scheint Washington jetzt jedoch klare Kante zu zeigen. Nachdem Kanzlerin Merkel noch eine zweimonatige Bedenkzeit erwirkte, wird Washington wohl seinen Vertragsausstieg im Februar 2019 notifizieren. Es bleibt somit nur noch ein sehr enges Zeitfenster für eine letzte diplomatische Lösung der Krise. Eine mögliche Variante wäre, dass beide Seiten Inspektionen und Demonstrationen der betreffenden Raketensysteme vereinbaren, nach dem Motto: Zeig du mir, was du hast, und ich zeige dir, was ich habe. Ein solcher Austausch könnte die Sachlage klären und den Weg für eine kooperative Lösung ebnen.

Aber leider ist das unwahrscheinlich. Weder ist Moskau seit der Annexion der Krim sonderlich zum Entgegenkommen bereit noch gilt John Bolton, Trumps momentaner Sicherheitsberater, als ausgesprochener Freund der Rüstungskontrolle. Vielmehr hat er es sich schon seit Jahren zum Ziel gesetzt, den INF-Vertrag zu beerdigen. Aus seiner Sicht beeinträchtigen die INF-Restriktionen das Mächteverhältnis in Ostasien, da China nicht an den Vertrag gebunden ist. Trump könnte den Vertrag dann im Februar mit einem Federstrich beenden – INF wäre Geschichte. Anders als bei der Ratifizierung eines solchen Abkommens braucht der Präsident nicht die Zustimmung des Senats, wenn er daraus wieder aussteigen will.

Danach müssten neue amerikanische INF-Raketen erst noch entwickelt und gebaut werden,

Foto: picture alliance/ITAR-TASS



Der Auslöser für den Nato-Doppelbeschluss zu Beginn der 80er Jahre: Eine mobile Abschussvorrichtung für russische Mittelstreckenraketen des Typs SS-20

bevor sie stationiert werden könnten. Dies würde schätzungsweise drei bis fünf Jahre dauern; ein entsprechendes Forschungsprogramm des Pentagons wurde dieses Jahr bereits angestoßen. Für Deutschland und Europa könnte dies gravierende Folgen haben.

Osteuropa könnte sich mit Trump verbünden

Sollten die USA wirklich bald wieder bodengestützte Mittelstreckenraketen entwickeln würde sich zunächst die heikle Frage der Stationierung – in Europa und Ostasien – stellen. Um diesen Punkt politisch ein wenig zu entschärfen, würde das Pentagon im Gegensatz zu den Achtzigerjahren wohl eher auf konventionell-bestückbare Marschflugkörper setzen. Denkbar wäre auch ein System, das sowohl konventionelle als auch nukleare Sprengköpfe tragen könnte.

Europa und Deutschland wären bei einer solchen Entwicklung gleich mehrfach in der Klemme. Da Deutschland keine Vertragspartei ist, ist der eigene Einfluss eher gering. Gleichwohl wird man in Berlin versuchen, zunächst das Horrorszenerario eines zweiten Nachrüstungsbeschlusses zu verhindern. Dafür gilt es vor allem in der Nato die divergierenden Interessen auszuwerten und mögliche Lösungsansätze unterhalb der Schwelle einer erneuten Stationierung zu finden. Diese könnten sowohl im ökonomischen als auch im militärischen Bereich liegen. So könnte sich Berlin für neue Sanktionen gegenüber Russland stark machen oder beispielsweise auch das Nord-Stream-2-Projekt infrage stellen. Militärisch könnten die Verbündeten zunächst ausloten, ob eine Kombination aus Raketenabwehrstellungen (sogenannte Point Defense) und zusätzlichen konventionellen Luftabstandsplattformen der Amerikaner (zur See oder in der Luft) Moskau zum Einlenken bewegen könnten. Sollte Russland jedoch im momentanen Tempo weiter stationieren, würde sich irgendwann auch die Frage nach neuen amerikanischen Mittelstreckenwaffen stellen.

Zwar haben die meisten europäischen Nato-Partner absolut keinen Appetit auf einen neuen Raketenwettlauf mit Russland. Einige östliche Länder könnten dies aber anders sehen, weil sie sich durch den großen Nachbarn stärker bedroht fühlen als beispielsweise Berlin. Gerade die polnische Regierung hat mehrfach deutlich gemacht, dass sie auch willens wäre, außerhalb des

Foto: picture-alliance/dpa



Blick auf eine Abschussvorrichtung für Cruise Missiles auf der US-Air-Station Wünschheim (Rhein-Hunsrück-Kreis) im Jahr 1988



Foto: picture alliance/dpa

Kurzstreckenrakete vom Typ „Iskander“. Auch diese Waffe empfindet die Nato als Bedrohung, da sie – etwa von Kaliningrad aus – das Gebiet von Bündnispartnern sehr schnell erreichen könnte.

Nato-Konsenses zu handeln. Der jüngste Vorstoß für die Errichtung eines „Fort Trump“ genannten zusätzlichen US-Stützpunkts in Polen zeigt, dass Warschau durchaus eine Sonderbeziehung zum populistischen Pendant im Weißen Haus anstrebt.

Deutschland im Zentrum nuklearer Kriegsplanungen

Wenn aber einige Bündnisländer einer Nachrüstung kritisch gegenüberstehen und andere diese begrüßen würden, wäre das für die Nato fatal. Trump und Bolton hätten dann die ohnehin uneinigen Europäer weiter geschwächt. Die Erschütterungen würden wohl bis weit in die EU reichen und auch ambitionierte europäische Verteidigungsprojekte wie die französisch-dominierende Europäische Interventionsinitiative oder die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit nachhaltig in Mitleidenschaft ziehen.

Auch Moskau hätte leichtes Spiel. Die nie öffentlich belegten amerikanischen Vorwürfe der russischen Vertragsuntreue ließen sich leicht medial zu einem Vorwand des lange geplanten US-Vertragsausstiegs umdeuten. Gleichzeitig könnte Russland ungehindert neue INF-Raketen aufstellen. Deren Ziele sind wahrscheinlich jetzt

schon wichtige Nato-Drehkreuze wie Bremerhaven oder Rammstein. Ohne es zu wollen, rückt Deutschland wieder ins Fadenkreuz der nuklearen Kriegsplanungen.

Doch der politische Fallout der INF-Krise könnte noch weitere Kreise ziehen. Erste russische Medien berichten bereits, dass US-Offizielle auch die Verlängerung des New-Start-Vertrags über strategische Systeme (über 5 500 km) infrage stellen. Diese steht spätestens im Februar 2021 an. Ohne INF und New Start würde jedoch die gesamte bilaterale Nuklearwaffenkontrolle kollabieren. Europa steht vor unsicheren Zeiten.

Dr. Ulrich Kühn ist stellvertretender Leiter der Arbeitsgruppe IFAR (Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risiko-technologien) und Wissenschaftlicher Referent am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH).

Dieser Text ist eine überarbeitete Fassung des Gastbeitrags von Dr. Kühn, der unter dem Titel „Europa droht die Rückkehr der Raketen“ am 22. Oktober 2018 bei zeit.de (Online-Ausgabe der Wochenzeitschrift „Die Zeit“) erschienen ist.